



Basisdemokratisches Bündnis

fragend schreiten wir voran

Editorial

„Freiräume“ - ein Thema, um das man, zumindest wenn man die Gelegenheit ein bisschen nach links und rechts zu schauen hat, dieses Semester wohl kaum herum kommen dürfte: Gleich zwei Kampagnen sind angetreten, um der Einschränkung von Freiräumen entgegen zu treten (Seite 4).

Dabei ist dieses Umschauen selbst gar nicht mehr so einfach: Der BA kettet auch dies Semester wieder eine weitere Welle Erstsemester an unflexible Stundenpläne, während die Studiengebühren ihres dazu tun, auch zu den Studierenden durchsickern zu lassen, dass ihr Studium mit Sicherheit nichts mit „freier Entfaltung“ zu tun haben soll. Endlich den Kopf einzuschalten und Bildung zur Abwechslung einmal als Stärkung des Individuums gegen die Gesellschaft zu begreifen, stünde angesichts dessen zwar umso mehr auf den Plan, ist aber in zunehmendem Maße weniger zu erwarten. Auch von Hochschullehrer_innen nicht, die allzuoft mitspielen und lieber die rasant anwachsenden Zumutungen nach unten weiter reichen, statt auf die gesellschaftlichen Ursachen zu reflektieren (Seite 6). Wie eine passende Begleitmusik klingt es angesichts dessen, dass die open_uni dieses Semester auch nicht mehr in den Räumen der Uni erwünscht ist (S. 2).

Auch immer wieder leidiges Thema sind von Schließung und Kürzungen bedrohte Fachbereiche. Diesmal wurde die Christliche Archäologie ausgetrocknet (Seite 11). Die Geschlechterforschung gerät, wie schon länger zu befürchten war, nun auch unter Beschuss. Nur der Protest und Klageandrohung durch Studierende konnte kurzfristig das schlimmste verhindern (Seite 11).

Zumindest, so wird allenthalben versichert, sollen die Studiengebühren die Studienbedingungen verbessern. Was unter dieser „Verbesserung“ zu verstehen ist, lest ihr auf Seite 5. Doch immerhin darf sich, wenn man sonst schon nichts mehr vom Studium erwarten kann, eingebildet werden, dass das zusammengestutzte Studium auch in Göttingen jetzt „Elite“ genannt werden darf (Seite 7). Dass das, was sich da „Elite“ nennt, auch in den „richtigen“ Kategorien gedacht wird, dafür versucht das CHE mit Hilfe von Hochschulrankings zu sorgen (Seite 3).

Apropos Elite: Auch die etwas anachronistisch anmutenden Gestalten der selbsternannten Elite aus Burschenschaften und Studentenverbindungen versuchen sich wieder verstärkt in O-Phasen herumzutreiben. Da diese nicht nur sich gerne gegenseitig das Gesicht zerkratzen und dabei lustige Mützen tragen, starten wir in dieser Ausgabe eine Artikel-Serie, die über das Verbindungsunwesen informiert (Seite 8-10).

Viel Spaß bei Lesen,
euer Basisdemokratisches Bündnis

Open_uni abgesagt!

Für das Projekt open_uni, das die 48-Stunden-Uni wieder aufleben lassen wollte, bei der an zwei Tagen ununterbrochen selbstbestimmte Bildung ausprobiert werden kann, war dieses Semester am Campus kein Raum zu bekommen. Die Absage des Theo-Dekans an die Organisierten reiht sich nicht nur in allgemeine Indifferenz bis Kampfansage gegen Freiräume kritischer Wissenschaft und selbstbestimmter Bildung ein, sie setze zu allem Überfluss auch noch auf dreiste Täuschungsmanöver.

Seite 2 ►



...außerdem in dieser Ausgabe:

- Hochschulranking - ein Schein von Objektivität (Seite 3)
- Kampf um Freiräume - zwei Kampagnen (Seite 4)
- Studiengebühren - machen die Lehre nicht besser (Seite 5)
- Furcht und Zittern - Lehrende in Angst (Seite 6)
- Elite-Uni Göttingen - nix zum Freuen (Seite 7)
- Studentenverbindungen - in der Braunzone (Seite 8-10)
- Archäologie und Geschlechterforschung - unter Beschuss (S. 11)
- zwei neue Sterne - Basisgruppen gegründet (Seite 12)



Burschis in den O-Phasen - Seite 8 ►

open_uni geschlossen

Die „open_uni“, die für November geplant war, wurde bereits bevor sie ansatzweise konkretisiert werden konnte vom Dekan und den Fakultätsratbeteiligten der theologischen Fakultät eingestampft. Das Projekt open_uni war die Neuauflage dessen, was früher 48-Stunden-Uni hieß und hatte zum Ziel, zwei Tage lang einen Raum für selbstbestimmtes Lernen zu schaffen. In den Räumen des Theologicums sollten selbstorganisierte Lehrveranstaltungen mit lustigen, kreativen oder kritischen Themen den vereinheitlichten Lehrplan aufweichen.

Vor wenigen Monaten wurde der zuständige Dekan gefragt, ob eine Nutzung der Räume möglich sei. Dieser antwortete, er habe prinzipiell keine Bedenken doch wolle er sich erst, obwohl selbst entscheidungsbefugt, eine 'demokratische' Legitimation bei der nächsten Fakultätsratssitzung am 24. Oktober einholen. Die open_uni-Organisator_innen holten sich aufgrund dieser Ansage und des 'gut gemeinten' Rates des Dekans die Zustimmung der im Zeitraum der open_uni von Raumverlegungen betroffenen Professor_innen und Dozierenden ein.

Die nahezu durchweg positiven und wohlwollenden Antworten ließen die Hoffnung auf eine erfolgreiche „offene Uni“ keimen. Aber bereits in Gesprächen mit der Raumverwaltung wurden andere Töne gespielt. Eher beiläufig erfuhr eine Person aus dem Plenum, die Räume des Theologicums stünden dem Projekt nicht zur Verfügung. Außerdem hätte sich der Dekan bereits gemeldet und mitgeteilt, dass die open_uni nicht im Theologicum stattfinden könne. In einem erneuten Gespräch mit dem Dekan machte dieser deutlich, dass die Absage der Raumverwaltung zwar auf einem Missverständnis beruhe, er die Chancen

für die open_uni aber eher gering einschätze. Mit Verweis auf die befürchtete Verunreinigung der Räumlichkeiten, angeblichen schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit und ähnlich halbseidenen Argumenten nahm er den beiden anwesenden Personen nahezu jegliche Hoffnung. Erneut gab er allerdings das Versprechen, den nächsten Fakultätsrat dazu zu nutzen, das Thema demokratisch entscheiden zu lassen. Diese Argumentation, die sich auch nicht durch das Angebot, ggf. eine Reinigungsfirma zu beauftragen entkräften ließ, verwundert jedoch zumindest deshalb, weil noch vor einem Jahr die open_uni (damals noch unter dem Namen 48 Stunden-Uni) ohne Schwierigkeiten im Oeconomicum stattfinden konnte und es dort weder von Seiten des Dekanats noch von Seiten der Studierenden negative Rückmeldungen gegeben hatte - geschweige denn irgend etwas beschädigt worden wäre. Dieses Mal konnten die Organisator_innen der open_uni jedoch nicht auf das Oeconomicum zurückgreifen, weil es sich noch im Umbau befindet. Ausweichmöglichkeiten für das Projekt gab es nur wenige.

Die einzig
s

innvolle Alternative war das Theologicum, das, nicht zuletzt auch wegen seiner strukturellen Ähnlichkeit mit dem Oeconomicum und der Nähe zum Campus, nahezu ideal gewesen wäre. Das Gespräch endete mit der Vereinbarung, dass Personen aus dem Organisationsplenum dem Fakultätsrat „Rede und Antwort“ stehen würden. Der Dekan versprach sich zu melden, wenn abzusehen sei, wann das Thema besprochen würde. Trotz der deutlichen Ansage, dass eine Person des open_uni-Plenums als Ansprechpartner_in bis spät in die Nacht erreichbar sei, warteten die Organisator_innen vergeblich. Vier Tage darauf erreichte das Plenum eine knapp gefasste Mail: „*leider muß ich Ihnen mitteilen, daß - wie erwartet - Ihr Antrag im Kollegium einstimmig abgelehnt wurde. [...] Wir sind immer noch nicht fertig mit der Renovation (sic!) unserer Fakultät und möchten (sic!) den neuen Anstrich etc. nicht gefährdet sehen.*“

Das Verständnis, dass sich der Dekan erhoffte, bringt das open_uni Plenum allerdings nicht auf. Die Verdrängung selbstverwalteter Strukturen aus allen Bereichen der Universität ist nicht zu entschuldigen! Auf die Paradoxie, dass mit hübschen gelben Zetteln z.B. im Oeconomicum ein „schöneres Studieren in renovierten Räumen“ angepriesen wird, während gerade mit Verweis auf die Renovierung dieser Räume die studentische Nutzung verweigert wird, sei hier nur am Rande hingewiesen. Das Verfügungsgebäude wird für Parties nach der Renovierung nicht mehr zur Verfügung stehen, ebenso das Oeconomicum, das seither wie ein goldener Apfel gehütet wird. Nur mit einer gehörigen Portion Naivität lässt sich hoffen, dass nach Abschluss der Bauarbeiten alles besser wird.

Mit fadenscheinigen Argumenten werden kritische und selbstbestimmte Inhalte immer weiter ins Abseits gerückt. Einmal mehr wird deutlich, in welchem desolaten Zustand sich der aktuelle Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb befindet.

info@bb-goettingen.de

Hochschulranking - Neutrale Information oder Steuerungsinstrument?

Seit den 80er Jahren werden in Deutschland Rankings erstellt, die den Studierenden eine Entscheidungshilfe bei der Wahl der Hochschule sein wollen. Die Qualität der Studiengänge an den verschiedenen Standorten werden nach Kriterien wie Kursgröße, AbbrecherInnen-Quote und nicht zuletzt dem Ansehen bei anderen WissenschaftlerInnen der gleichen Zunft (den sogenannten Peer Assessments) aufgeschlüsselt. Was zunächst wie ein unschuldiger und willkommener Service an die Studierenden in spe aussieht, entpuppt sich als eines vieler Instrumente, die Ideologie des der Bertelsmann-Stiftung unterstellten CHE an den Hochschulen zu verankern.

Erklärtes Ziel des Centrums ist es Bildung zu einer handelsfähigen Ware zu machen. Marktwirtschaftliche Mechanismen sollen an den Hochschulen wirken, sie rationalisieren und modernisieren. Verschiedene Universitäten sollen untereinander in Konkurrenz stehen und um zahlende Kunden wetteifern. Als Folge des Konkurrenzkampfs wird erhofft, dass die Qualität der Ausbildung steigt und dass die Unis ihr Preis-Leistungs-Verhältnis für die Studierenden optimieren, welche ihr Studium zunehmend als eine Investition in die Zukunft betrachten, die sich rentieren soll.

Gemäß der neoklassischen Theorie¹ des freien Marktes ist es für das Wirken dieses Mechanismus' entscheidend, dass alle potentiellen KundInnen die bestmöglichen Informationen über die auf dem Markt befindlichen Angebote haben. Der Sinn der Rankings ist es demnach, Markttransparenz herzustellen. Die Wahl des Studienstandortes soll nach „wirtschaftlichen“ Kriterien erfolgen, die Unis sollen einen finanziellen Anreiz haben, die Studienbedingungen eben nach diesen Kriterien zu gestalten, und durch diese Rückkopplung soll die „Qualität“ des Studiums (nach wirtschaftlichen Maßstäben) optimiert werden.

Nun regt sich zunehmend Unmut über die Rankings². Die schweizerischen und österreichischen Universitäten weigern sich geschlossen weiter an ihnen teilzunehmen. An der Alice-Solomon-Fachhochschule in Berlin hat eine Vollversammlung der Studierenden den Boykott der CHE-Umfragen beschlossen³. Ein Argument gegen die Evaluierungen ist, dass sie statistisch oft wenig aussagekräftig sind. So nimmt das CHE auch Bewertungen von Unis in ihr Ran-

Alle Jahre wieder schickt sich das CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) an, ein neues Hochschulranking zu veröffentlichen, und wie sonst werden auch dieses Jahr viele zukünftige Studierende den Ergebnissen des Rankings großes Gewicht bei ihrer Wahl des Studienortes geben. Grund genug, sich die Hintergründe genauer anzusehen.



Post vom CHE: Die Göttinger Uni unterstützt das Ranking mit Adress-Daten ihrer Studierenden

king auf, an denen nicht mehr als 15 Fragebögen zurückgekommen sind. Ob so ein geringer Stichprobenumfang repräsentativ sein kann darf bezweifelt werden. Auch wird kritisiert, dass die schablonenartigen Kriterien des CHE nicht allen Lehr- und Forschungskonzepten gerecht werden können. Damit wird das Ranking nicht einmal ihrem eigenen Anspruch auf eine Art von Markttransparenz gerecht.

Doch die Rankings sind nicht nur aufgrund der methodischen Fehler kritikwürdig, sondern vor allem auch durch die Intention ihrer Macher, Bildung zur Ware zu machen und eine Konkurrenzsituation zwischen den Unis zu erzeugen. Zum einen begünstigen sie eine Einstellung, bei dem das Renomé einer Hochschule über der Qualität der dort geleisteten Forschung und Lehre steht⁴. Zum anderen verlagert sich die Zielsetzung an der Hochschule: Nicht mehr gute wissenschaftliche Arbeit zu machen, sondern dabei vor allem besser als die Anderen zu sein ist der

Ansporn. Die Kriterien für dieses „besser“ bestimmt das CHE durch die Rankings. Es ist daher abzusehen, dass bei einer solchen Einstellung Themen, die weder besonders profitabel noch prestigeträchtig sind, genauso wie Wissenschaften mit kritischem Anspruch, zu kurz kommen werden.

Nicht zuletzt führen diese Rankings dazu, dass die Hochschulen versuchen, sich ganz abstrakt den abgeprüften Kriterien anzunähern - ohne dass sich dies durch eine konkrete Verbesserung der Lehre vor Ort auswirken würde. Und im politischen Ernstfall dienen solche und ähnliche Vergleiche dann zur Begründung für Kürzungen oder Schließungen. So zeigt sich auch hier, dass die Einführung von Konkurrenzmechanismen nicht wirklich in der Lage ist, Bildung und Wissenschaft voranzubringen. Ganz im Gegenteil: seit die Hochschulen miteinander in Konkurrenz gesetzt werden (sollen) werden die Studienbedingungen stets mieser, ihre Ausfinanzierung schlechter und Freiräume für kreative Prozesse Stück für Stück verdrängt.

Wir schließen uns daher dem Protest des AStAs der Alice-Solomon-FH an und fordern alle Studierenden, die einen Evaluationsbogen erhalten haben, auf, diesen nicht abzuschicken und das Ranking zu boykottieren.

jason@bb-goettingen.de

1) bzw. Ideologie

2) Telepolis: „Ranking der Universitäten zunehmend unter Kritik“ - <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26469/1.html>

3) <http://asta.asfh-berlin.de>

4) Besonders deutlich wird das am Konzept des Peer Assessment, bei dem Kollegen die Qualität u.a. der Ausbildung an anderen Universitäten, meistens ohne genaue Kenntnis der dortigen Bedingungen, daher vor allem Anhand ihres Prestiges beurteilen sollen.

Kämpfe um Freiräume

Einer der wohl massivsten Einschnitte in das Leben der Studierenden dürfte momentan die Umstellung auf den Bachelor-Studiengang darstellen. Dieser tilgt Freiräume, die das Studium bis dato geboten hat in einem lange nicht erlebten Ausmaß und entsorgt letzte Nischen zur Auseinandersetzung mit kritischer Wissenschaft. Aber auch an vielen anderen Baustellen arbeitet die selbsternannte Business-Uni daran, sich der letzten Reste studentischer Freiräume zu entledigen, die womöglich darauf hinweisen könnten, die Uni sei etwas anderes, als eine Fabrik zur Produktion arbeitsmarktgerechten „Menschenmaterials“.



"Here to stay"-Demo-Transparent

Angriff und Rückzug

Lang zog sich der Prozess hin und stieß kaum auf Gegenwehr: Die Uni in Göttingen hat ihren Campus in den letzten Jahren freie Plakatierflächen entsorgt oder diese mit Reglementierungen überzogen. Das Studentenwerk zog mit und erschwert zunehmend das Verteilen von Zeitungen und Flugblättern¹. Seit dem Brand des Oeconomicum ist auch der seit Jahren meist genutzte Ort für Organisation von studentischem Protest und zur freien Gestaltung des Zusammenlebens verschwunden: Das Café Kollabs². Die Kündigung erster selbstverwalteter Wohnprojekte verlief ebenfalls recht lautlos³.

All dies konnte ohne ernsthafte Gegenwehr durchgesetzt werden. Wenig verwunderlich, erregt doch gesamtgesellschaftlich der Angriff auf Freiräume kaum mehr die Gemüter. Einzigt eine Woche während der Proteste um die Kürzungen an der Sowi-Fakultät ergriffen einige Studierende die Initiative, und plakatierten das Oec so vehement zu, dass das Plakatierverbot nicht weiter durchgesetzt werden konnte. Als die Proteste jedoch vorüber waren, konnte sich die Verwaltung aber gegenüber den verbliebenen paar linken Plakatierer_innen

ohne weiteres durchsetzen. Die Gegenwehr beim Kollabs fiel schon deswegen milde aus, da allein schon eine Solidarisierung vor dem Hintergrund vieler kursierender Falsch- und Halbwahrheiten über die Brandursache vielen fragwürdig schien.

Außerhalb der Uni ist die letzte spürbare Kampagne schon einige Jahre her: 2003, ein Jahr vor der Spaltung der Autonomen Antifa [m], konnte die Gruppe eine stadtweit kaum übersehbare Gegenkampagne zu Kommerzialisierungsplänen der Innenstadt gegen den damaligen Oberbürgermeister Danielowski auf die Beine stellen. "Danielowski muss sauberer werden" konterten sie damals dem Bürgermeister, der mit "Göttingen muss sauberer werden" nicht nur das Ansehen von Müllheimern steigern wollte, sondern auch unliebsame Menschen, die entweder nicht kaufkräftig genug, oder dem Image einer unbehelligt von den Nebenwirkungen kapitalistischer Vergesellschaftung strahlenden Konsummeile schaden könnte, gern aus dem Stadtbild entfernt sehen wollte.⁴

Alles hat ein Ende...

Widerstand schien kaum noch jemand zu erwarten. Gleich zwei Ende letztes Semesters gestartete Kampagnen könnten das jedoch gehörig ändern: Kurz nachdem öffentlich wurde, dass das Studentenwerk plant, sämtliche verbliebenen Wohnprojekte, die durch kollektive Verträge das Zusammenleben in den Wohnheimen bisher selbst organisieren konnten, zu kündigen, haben sie viele der Bewohner_innen zur "Here to stay"-Kampagne zusammen geschlossen, die die Wohnprojekte vehement zu verteidigen angekündigt hat.⁵ Kundgebungen in den Mensen des Studentenwerks boten den Auftakt, der dem Gegenüber klar machen sollte, dass diesmal kein leiser Abgang zu erwarten ist. Am 11. August machten sie mit einer ersten Demo Dampf. Die vielen T-Shirts mit dem "Here to stay"-Logo, die überall in der Stadt zu sehen sind, verweisen darauf, dass sich die Kampagne einen großen Kreis von Unterstützer_innen sicher sein kann. Inzwischen hat das Studiwerk kalte Füße bekommen und ist zu ersten Verhandlungen und Zugeständnissen bereit. (mehr Info: www.heretostay.de)

Auch an der Uni wird nun wohl ernst gemacht: Spätestens mit der dreisten Kündigung des Café Kollabs riss bereits so manchen der Geduldsfaden. Stieß der Fachschaftrat Sowi bei Verhandlungsversuchen noch auf taube Ohren und arrogante Ausreden ("Im Moment steht kein Raum zur Verfügung"), kamen schon damals von einigen ehemaligen Nutzer_innen des Raums erste Drohungen auf, notfalls mittels Besetzungen den Raum zurück zu erobern. Außer Briefen und Flugblättern ist jedoch bisher nicht viel passiert. Num wollen Studierende mit einer Kampagne ihrem Unmut über diese Entwicklungen an der Uni endlich angemessenen Ausdruck verschaffen.



Logo der Kampagne: delete.control - enter.space [Freiräume & Emanzipation]

- 1) vgl. „Schöne saubere Uni“ unter www.bb-goettingen.de/277
- 2) vgl. „Gelegenheit macht Diebe“ unter www.bb-goettingen.de/615
- 3) vgl. „Niemand hat die Absicht...“ unter www.bb-goettingen.de/486
- 4) vgl. „AAM-Kampagnenarchiv www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/2003/06_danielowski/“
- 5) vgl. „Studentenwerk droht...“ unter www.bb-goettingen.de/862

Dessen aus PC-Tastatur-Tasten zusammengesetztes Logo "delete.control - enter space" versteht die Kampagne zum Einen als Ausdruck von Gegenwehr gegen den Angriff auf die letzten Reste von Selbstbestimmung im Studium: Gegen den Auswirkungen des Bachelor, der die Kontrolle über Studiendauer und den Stundenplan nimmt, wie gegen den erhöhte Druck durch jegliche Form von Studiengebühren, als auch gegen die konkreten Angriffe auf selbstverwaltete Räume und die Möglichkeit, die Umgebung in der man studiert, zu gestalten und zu nutzen. Diesem Generalangriff auf ein Bildungsverständnis, dass die Entfaltung des Individuums in den Mittelpunkt stellt, wollen sie zum anderen aber nicht nur entgegentreten: Im Kampf um "Freiräume & Emanzipation" deutet der Name der Kampagne bereits an, dass es viel "Space" an der Uni anzueignen gibt, der über die verlorenen Reste ehemaliger Selbstverwaltung der Studierenden weit hinaus geht. (mehr Infos: deletecontrol.blogspot.de)

Damit dürfte klar sein, dass dieses Semester trotz Winter ein heißes werden wird. Während globalere Proteste, wie etwa gegen Kürzungen und Studiengebühren, trotz allem im Nachhinein eher wie Stolpersteine gegen die Ausweitung von Kontroll- und Disziplinierungswerkzeugen wirken, bieten die bevorstehenden Auseinandersetzungen Ansatzpunkte für konkrete Erfolge vor Ort. Das Studiwerk ist bereits am zurückrudern und bietet Verhandlungen an. Die Uni hingegen ist noch sehr verhalten. Wir dürfen gespannt sein, wie sicher sich Uni-Verwaltung und Studiwerk im weiteren Verlauf wiegen werden. Eines dürfte jedoch jetzt schon klar sein: Stummer Abzug mit seichtem Protest in der Fußnote wird diesmal nicht das einzige sein, was an Gegenwehr zu spüren sein wird.

patrick@bb-goettingen.de

'Die Schokoladenration ist von 20 auf 30 Gramm gestiegen'



Stu- diengebühren sind
eigent- lich was ganz tolles.
Sie ver- bessern nämlich deutlich
unsere Studiensituation. Diese Bot-
schaft konnte zumindest in kaum einer
O-Phase dieses Semesters fehlen. Auch
ein kostenlos erhältlicher Reader zu dem
einen oder anderen Seminar wird nicht ohne
den Hinweis auf die Geldquelle ausgegeben.
Dann sind da noch ein paar Tutor_innen-Stellen,
diverse Raumausstattungen, die ohnehin
fällig waren wurden bezahlt und sogar
einige O-Phasen Organisator_innen konnten
prima prassen - Eine Woche lang Durchsau-
fen, und das sogar weitestgehend kostenlos.
Die Uni hat auch extra eine eigene Seite ein-
gerichtet, wo nachgelesen werden kann,
was das neue Schlaraffenland zu bieten
hat¹. Soviel Service für schlappe 500,- €.
Wer fühlt sich da nicht rundum wohl?

Nun dürfte der_die eine oder andere etwas
verwundert sein, wenn man behauptet, die
„Studenbeiträge“ erfüllten gar nicht den in
der Propaganda angepriesenen Zweck. Was
dort als „Verbesserung der Lehre“ verkauft
wird, ist nämlich gar keine. Selbst wenn
man den Umstand einmal außen vor lässt,
dass ein beträchtlicher Schuldenberg oder
Jobben neben dem Bachelor-Studium (wenn
das überhaupt geht) als eine drastische Ver-
schlechterung der Lebensqualität im Studi-
um betrachtet werden müsste, wird man
feststellen, dass auch rein nominell von kei-
ner Verbesserung die Rede sein kann. Denn
das, was die Studiengebühren jetzt wieder
in die Kassen der Universitäten bringen, ist
über die letzten Jahre um ein Vielfaches
erst gekürzt worden. Und das nicht ganz zu-
fällig: Bereits als die verschiedenen Wellen
des sog. „Hochschuloptimierungskonzepts“
(kurz: HOK) („Optimierung“ bedeutet in
dem Fall nichts anderes als kürzen) disku-
tiert wurden, wurden sie zusammen mit der

Einführung der Studienge-
bühren verhandelt. Es war
klar, dass keine Uni mehr
handlungsfähig wäre, würde
nicht ein Teil der Kürzungen durch

die Studiengebühren später aufgefangen
werden. Die Unis ihrerseits haben ihre Hand-
lungsunfähigkeit nicht selten mit dem Ver-
prassen der letzten Rücklagen und dem
zurückfahren von Mitteln für die Lehre kom-
pensiert - mit dem Ausblick auf Studienge-
bühren, die einen Teil des fehlenden Geldes
zurückbringen würden und vor der völligen
Pleite bewahren. Die Studiengebühren sind
also beileibe keine Verbesserung der Lehre,
sondern ein wichtiger Bestandteil dafür, die
Haushalte der Landesregierung von Ausga-
ben für Bildung zu entlasten. Besser gewor-
den ist da aber nichts - nur nicht ganz so
schlecht.

Aber es geht natürlich nicht nur um Geld.
Als Disziplinierungsinstrument sind sie ein
wesentlicher Bestandteil der momentanen
Umstrukturierung des Bildungssystems. Die
Studierenden sollen Bildung als Investition
begreifen. Das Studium ist in diesem Ver-
ständnis eben eine Ware zur Veredelung ih-
rer Arbeitskraft. Da muss die Zurichtung
durch die engen Vorgaben des Bachelor-Stu-
diums gar nicht mehr an allen Ecken funk-
tionieren - die Studierenden werden ob des
Schuldenberges schon von selbst darauf ach-
ten, dass ihr Studium nicht zu lang dauert
und angemessen an dessen späterer ökonomi-
scher Verwertbarkeit ausgerichtet wird. Bei
ihnen soll endlich das Bildungsverständnis
installiert werden, dass dieser Gesell-
schaftsform angemessen ist. Wer will schon
eine Bildung, die sich als Entfaltungsmög-
lichkeit des_der Einzelnen versteht oder gar
in der Lage ist, sich kritisch gegen völlig ir-
rationale gesellschaftliche Verhältnisse zu
wenden, denen die Bedürfnisse und die Mög-
lichkeit zur freien Entfaltung des Individu-
ums schnurz sind, dessen Verwurstung im
Dienste der Wertverwertung jedoch alles be-
deutet. Wo kämen wir denn hin, wenn das
nicht so wäre ...

patrick@bb-goettingen.de

¹) <http://www.uni-goettingen.de/de/sh/43205.html>

Furcht und Zittern

„Wie gerufen kam ich den Unterdrückern!
Oh, folgenlose Güte! unmerkliche Gesinnung!
Ich habe nichts geändert“
(Heilige Johanna der Schlachthöfe)

Angst geht um unter den Hochschullehrer_innen. Es ist nicht die Angst vor dem umgehenden Gespenst des Kommunismus, sondern die Angst voreinander und vor der eigenen Überflüssigkeit. Doch anstatt auf die gesellschaftlichen Ursachen zu reflektieren und praktisch-solidarische Auswege zu finden wird der Druck nach unten, auf die Studierenden, abgewälzt.

Vor ein paar Jahren noch konnte es passieren, dass man zum Beginn seines Studiums von der einen oder dem anderen Professor_in dazu angehalten wurde, die formalen Bedingungen, die das Studium damals an Studierende stellte, als Empfehlungen zu verstehen und sich darüber hinaus nach eigenem Interesse an der Hochschule umzusehen. Man habe das Recht an jeder Veranstaltung teilzunehmen und das solle man auch nutzen, um sich jenseits der gewählten Studienfächer umzutun und andere Formen des Lernens auszuprobieren. Daraus schließlich sollten eigene Interessen, Positionen und Fragestellungen entwickelt werden, für deren Verfolgung und Vertiefung die Hochschule die Freiheit böte. Das Studium sei viel mehr als - und eben nicht wesentlich - die Vorbereitung aufs spätere Berufsleben, sondern Bildung im emphatischen Sinne.

Diese Zeiten sind wohl vorbei. Gesellschaftlich hat sich ein gänzlich anderes Verständnis von Bildung durchgesetzt, das durch das Moment der Heteronomie, der Fremdbestimmung gegenüber dem Sich-Bildenden aber auch durch Blindheit gegenüber den Inhalten von Bildung gekennzeichnet ist. Die Struktur der Bachelor- und Masterstudiengänge deutet eher darauf hin, dass dem Inhalt nur mehr ein sekundärer Platz zukommt. Das mit ihnen anvisierte „Bildungsziel“, „unabhängig vom Studienfach [...] die Lernfähigkeit der Studierenden auf hohem Niveau zu entwickeln [...] damit sie den Anforderungen ständiger Weiterqualifikation zum Erhalt ihrer Berufsfähigkeit [...] Rechnung tragen können“¹, setzt sich gerade durch die Struktur des Studiums durch. *Anything goes - but under the same conditions.* Dass sich aber dieser Begriff durchsetzte, daran haben politische und ökonomische Entwicklungen einen entscheidenden Anteil, denen wir an anderer Stelle nachgegangen sind (Für unsere zentrale Gedanken hierzu haben wir im Artikel „Bildung im Wandel“ entwickelt, BB-Zeitung Nr. 2, www.bb-goettingen.de/162).

Die praktische Durchsetzung dieses Bildungsbegriffs geht einher mit einer Umstrukturierung der inneren Verfassung der Hochschulen, die sich an

dem Vorbild von Kapitalgesellschaften orientiert. Den Leitungsorganen, Präsidium und Dekanaten, sind bereits heute fast alle wichtigen Kompetenzen übertragen, die gewählten Selbstverwaltungsorgane üben überwiegend nur noch eine beratende Funktion aus. Über die Einrichtung von Hochschul- oder Stiftungsräten erhalten Unternehmen direkten Einfluss auf universitäre Angelegenheiten. Diese Umstrukturierung firmiert dabei unter dem Titel „Freiheit und Autonomie der Hochschule“. In Göttingen nennt sich das ganze eine „Neujustierung des Verhältnisses von Universität und Staat“ und „des Verhältnisses von Leitung und Fakultäten“ im Projekt „Rückgekoppelte Autonomie als Prinzip einer Universitätserneuerung“². Andreas Keller von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wies in einem Artikel im *Freitag* über das neue nordrhein-westfälische „Hochschulfreiheitsgesetz“ darauf hin, dass diese Umstrukturierung - wenn überhaupt - nur auf eine Stärkung der wirtschaftlichen Autonomie der Hochschulen hinauslaufe, aber die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen unterlaufe. „Die Entmachtung der gewählten Kollegialorgane ist nicht nur ein Schlag gegen die Mitbestimmung von Studierenden und Personal, sondern gegen die Hochschulselbstverwaltung als solche: Auch die Machtstellung des bislang durch absolute Mehrheiten in allen Gremien privilegierter Professoriats wird substanziell untergraben, wenn die Gremien im Wesentlichen nur noch Beratungsfunktionen ausüben.“³

Genau hier ist anzusetzen mit einer Kritik an dem Verhalten dieser Professor_innenschaft. Wie kommt es, dass diejenigen, deren Job zutiefst mit einem emphatischen Bildungsbegriff verbandelt ist, an einer Hochschulreform mitarbeiten, die diesen Begriff ad absurdum führt?

Dabei ist zunächst einmal auch darauf zu verweisen, dass der vorherige Zustand der universitären Selbstverwaltung kein Zustand war, zu dem man zurück, sondern über den man hinaus muss. Die Forderung, das professorale Übergewicht in der universitären Selbstverwaltung zu brechen ist bereits älter und durchaus richtig und aktuell. Zu-

mindest erreicht werden sollte eine gleichberechtigte Mitsprache aller Statusgruppen.

Der entscheidende Punkt, der hier entwickelt werden soll, ist, dass sich der oben skizzierte neue Bildungsbegriff und seine praktische Umsetzung an den Hochschulen nicht ohne das widerstandslose Hinnehmen oder taktisch-paktierende Mitmachen der Hochschullehrer_innen durchgesetzt hätte. In der Sachzwanglogik sich bewegend, hoffte jede_r einzelne von ihnen auf Vorteile für sein eigenes Fach und seinen Standort, und die ganze Professor_innenschaft darauf, den kaputtgesparten Hochschulbetrieb durch Elitenausbildung und Studiengebühren noch irgendwie aufrechterhalten zu können und dabei auf der besseren Seite zu landen. Die Leichtigkeit aber, mit der Hochschullehrer_innen erpressbar sind und sich erpressbar gezeigt haben, lässt noch Schlimmeres erwarten. Sie ließen und lassen sich gegeneinander ausspielen. Ihre praktische Entsolidarisierung, im Zweifelsfall doch die jeweils eigenen Pfründe und Fachbereiche gegen die anderen zu verteidigen, zeigt einen Zustand der Angst und Unfreiheit in ihrem Bereich an, der in einem krassen Widerspruch zum Begriff von Bildung und Wissenschaft steht, dem als ein zentrales Moment das der Freiheit und der Befreiung zukommt.

„Die gegenwärtige Umstrukturierung der Hochschulen“, so Andreas Keller, „zielt zunächst auf eine Neubestimmung des Verhältnisses von Hochschule und Staat ab - vordergründig im Sinne einer Stärkung der Autonomie der Hochschulen, insbesondere in finanziellen Angelegenheiten durch die Globalisierung der Hochschulhaushalte.“ (So sieht es auch die Universität Göttingen in der offiziellen Darstellung ihrer internen Umstrukturierung.) „Die gegenwärtige Hochschulstrukturreform zielt aber“, so führt er weiter aus, „zugleich auf die Etablierung eines marktformigen Wettbewerbs - sowohl im Verhältnis zwischen Hochschulen und Staat als auch zwischen Hochschulleitungen und Fachbereichen - ab. [...] Das Ergebnis der auf diese Weise erzeugten Quasimärkte ist also nicht eine Autonomie der Hochschule, sondern deren Heteronomie: ihre externe Steuerung durch marktformigen Wettbewerb.“⁴ Dies dürfte auf Seiten der Professor_innenschaft und des Mittelbaus auch zu einer weiteren Verschärfung des inneruniversitären Konkurrenz, zur Ausweitung des wissenschaftlichen Kontrollmechanismus Universität, und zur weiteren Beschränkung spekulativen und ungedeckten Denkens führen.

Wer einmal das zweifelhafte Vergnügen hatte, einem wissenschaftlichen Kolloquium oder einer Berufungskommission beizuwohnen, den mag es verwundern, mit welcher Härte dort die „Kol-

1) So das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), ein Think Tank aus dem Hause Bertelsmann, der sich der Ausrichtung des Bildungswesens an den Erfordernissen der Ökonomie verschrieben hat.

2) Georg-August-Universität Göttingen - Auf dem Weg zur autonomen Hochschule; <http://www.uni-goettingen.de/de/sh/33909.html>

3) Andreas Keller: Zukunft Alma Mater GmbH; Freitag 39 (29.09.2006); <http://www.freitag.de/2006/39/06390401.php>, zur Einrichtung von

Hochschulräten siehe auch Hannes Delto: Unternehmen Uni; in: Jungle World 38 (20.09.2007)

4) Andreas Keller: Zukunft Alma Mater GmbH, siehe auch: ders.: Unternehmen Uni; <http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/bildung/keller.html>

5) Etymologisch entwickelt sich der Begriff der Bildung von der Bedeutung „ent-rohen“ ausgehend.

Wer ist Elite?

Nun hat es Uni-Präsident von Figura doch noch geschafft: Der Titel der sog. „Elite-Universität“ prangt jetzt auch über der Georg-August Universität. Viele Kürzungsrunden gegen jeden studentischen Protest, vor allem an der Sozialwissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät, hatte das Präsidium die vergangenen Jahre durchsetzen müssen, um Mittel für die Einrichtung von sog. „Kompetenzzentren“ und „Forschungsklustern“ frei zu machen, um mit anderen Unis um den heiß begehrten Titel zu buhlen.

Besonders geschmeichelt haben sich wohl auch die Mitglieder der mehrheitlich den AStA stellenden ADF gefühlt. Sie schrien gleich zu Semesterbeginn ihre Begeisterung in großen Lettern in den Wald hinaus: „Jetzt heißen wir 'Elite Uni'“ ist in dem Blättchen „Wadenbeißer“ zu lesen. Wenn schon von einem zusammengeschnittenen, von Studiengebühren unter Druck gesetzten und durch den Bachelor verstümmelten Studium sonst keine „Exzellenz“ mehr zu erwarten ist, freut man sich, es wenigstens noch so nennen zu dürfen. Wenngleich das Bedürfnis, sich einzureden, doch noch mit seinem Studienplatz etwas ganz Besonderes in der Tasche zu haben, unter den prekären Studienbedingungen nicht ganz unverständlich scheint, hat dies mit „studentischer Interessenvertretung“, derer die ADF sich einzigst verschrieben zu haben behauptet, recht wenig zu tun.

Auch sie sieht zwar, dass es zweifelhaft bleibt, ob es Göttingen in Sachen „Exzellenz“ wirklich je zu mehr als einem bloßen Titel schaffen wird. Wäre der Elite-Titel jedoch ernstzunehmen, hätte es sich mit ihrer leisen Kritik auch schon wieder erledigt. Mit dem Abfeiern des Elite-Uni-Konzepts jedenfalls macht sie sich zur Wegbereiterin dessen, was als integraler Bestandteil der aktuellen Umstrukturierungen gegen Studierende betrachtet werden muss: Sowohl des Bachelor/Master-System als auch das Elite-Uni-Konzept zielen darauf ab, die universitäre Landschaft in zwei Richtungen neu auszurichten. Auf der einen Seite sollen einige wenige glänzende „Kompetenzzentren“ entstehen, die auf der anderen Seite von einem Bodensatz an reduzierten Massenunis ergänzt werden. Während die einen eine Elite von Absolvent_innen heranzüchten sollen, wird der Rest der Studierenden mit einer minimierten Bachelor-Ausbildung abgefertigt - entsprechend den Anforderungen des Arbeitsmarktes, versteht sich. Raum für ein wenig Entfaltung und das Verfolgen von Bildungsinteressen ist da jedenfalls nicht zu haben.

Unbeachtet kann bei der ADF selbstverständlich auch bleiben, dass ja gerade der Schwerpunkt auf „exzellenter“ Forschung liegt, bei der „exzellente“ nicht etwa inhaltliche Qualität meint, sondern drittmittelfreundliche Forschung, die an ihrer unmittelbar ökonomischen Verwertbarkeit gemessen wird. Von „exzellenter“ Lehre ist da ohnehin kaum die Rede.

Die ADF aber steigt mit ihrer Begeisterung für die „Elite-Uni“ voll in den erwünschten Konkurrenzkampf zwischen den Universitäten ein: Wenn man schon als „studentische Interessenvertretung“ gegen diese Umstrukturierungen nichts tun will, will man sich wenigstens auf der sicheren Seite wähen. Ein „studentisches Interesse“ aber, das gegen die unmittelbaren Interessen Studierender anderer Universitäten sich richtet, braucht sich nicht wundern, dass ein überregionaler Protest nicht mehr zustande kommt. Druck aufzubauen funktioniert jedenfalls anders. Eine sinnvolle Reaktion auf eine Umstrukturierung, die mit Leistungsdruck und verschärfter Konkurrenz das Studium zur Tortur machen möchte, kann also, wenn sie irgendwie erfolversprechend sein will, nur eine solidarische sein. Wer das aufgibt, sollte wenigstens so ehrlich sein, seine AStA-Pöstchen besser an den Nagel zu hängen und Platz für einen ernstzunehmenden studentischen Interessenkampf machen, der noch an selbstbestimmter Bildung und einem freien Studium interessiert ist.

leg_innen“ gegeneinander angehen, eine Härte, die zwar durch die Anforderungen der Wissenschaft begründet wird, aber doch nichts mit solidarischer Kritik zu tun hat. Sie wissen sich alle in der Situation von konkurrierenden Bittsteller_innen und trotz dieses Wissens kultivieren sie einen Denkhabitus, der die Schwäche im Anderen sucht.

Das ängstliche und unsolidarische Verhalten, das viele Hochschullehrer_innen dann an den Tag legen, wenn mal wieder Kürzungsforderungen von oben kommen, dürfte nicht zuletzt in dieser Form begründet sein, in der sich Wissenschaft bis heute abspielt, in der des Wettbewerbs, und in der Rückwirkung dieser Form auf den Charakter von Wissenschaft selber. An die Stelle der Sachbeziehung tritt der Wettbewerb der Wissenschaftler_innen untereinander, ein Phänomen, das sich z.B. bei der Promotion und Habilitation bemerkbar macht. Die Promotionsarbeit ist nicht nur Ergebnis des Sachinteresses, mit ihr hat man sich auf dem akademischen Markt zu positionieren. Man muss die Arbeit stets auch im Hinblick auf die angestrebte Karriere schreiben, im Hinblick auf die Förderung etc, also stets im Hinblick auf einem dem eigenen Sachinteresse äußeres. Auch das Studium soll man ja nun im Hinblick auf etwas anderes planen, im Hinblick auf die Verwertbarkeit des eigenen Humankapitals, das ja nur dadurch, dass es fremdbestimmt eingesetzt und in Fluss gebracht wird, erst zum Kapital wird. Dies frisst sowohl das eigene Sachinteresse an, wie er die Beziehungen der Wissenschaftler_innen untereinander in eine Konkurrenzbeziehung verwandelt. Sowohl das Produkt des eigenen Denkens als auch dieses Denken selbst wird zur Ware und das erscheint bei einem geistigen Produkt schwierig, als es einem selbst doch als gar nicht veräußerlich erscheint. Der ganze Wissenschaftsbetrieb ist aber so eingestellt, dass dieses Verhältnis nicht wirklich angegangen wird.

Dem steht der Begriff der Bildung als Entrohung³ des sich bildenden Menschen entgegen, der auch auf eine Entrohung der Gesellschaft abzielt. In der Auseinandersetzung um die Rückgewinnung und Erweiterung der Selbstbestimmung von Bildung und Bildungsinstitutionen, ist, diesem Begriff folgend, gegen diese Form des „wissenschaftlichen“ Umgangs miteinander genauso anzugehen wie gegen die daraus folgende Haltung der Hochschullehrer_innen.

Aufgabe von Bildung wäre es zu diesem Zeitpunkt, Widerstand zu kräftigen anstatt Anpassung zu verstärken. Den Hoch-

schullehrer_innen käme die Aufgabe zu, den Begriff von Bildung, den sie einst und auch noch heute hochhalten, praktisch werden zu lassen. Dass aber diejenigen, die in ihrem ganzen Tun dermaßen auf einen emphatischen Begriff von Bildung angewiesen sind - und zwar nicht nur als Selbstrechtfertigung, sondern darin, dass dieses Tun immanent auf diesen Begriff und seine Verwirklichung angewiesen ist, um nicht offen zur Ideologie zu werden -, dass sie durch ihre Praxis diesem Begriff zutiefst widersprechen und damit der Entwicklung von vernünftigem weil widerständigem Denken selber das Wasser abgraben, das ist der eigentliche Verrat dieser Intellektuellen.

Stattdessen wäre gemeinsam durchsichtig zu machen, wie die durch die Umstrukturierung implementierten Kontroll- und Disziplinierungsinstrumente (etwa die Anwesenheitspflicht von BA/MA-Studierenden in Vorlesungen) zu umgehen oder auszuhebeln sind. Das würde ganz konkret die Studiensituation vieler Studierender verbessern und ein gutes Stück des im Ganzen unnützen Leistungsdrucks nehmen. Darüber hinaus könnte die gemeinsame widerständige Praxis den Grundstein für eine gemeinsame, selbstbestimmte Lehr- und Lernpraxis legen. Zur Zeit sieht dies noch anders aus. Die Hochschullehrer_innen geben den Druck, den sie erfahren, durch die Umsetzung und Durchsetzung der Kontroll- und Disziplinierungsinstrumente an die Studierenden weiter. Dagegen ist anzugehen.

Die wirkliche Befreiung der Hochschulen aber bedeutet die autonome Selbstbestimmung der Hochschulmitglieder, die direkt-demokratische Aneignung des Wissenschafts- und Bildungsprozesses durch Lehrende und Lernende und die Öffnung der Hochschulen für alle Teile der Bevölkerung. Das Angebot an die Hochschullehrer_innen steht. Sollte das aber mit den Hochschullehrer_innen nicht möglich sein, dann muss es zur Not auch ohne sie und im Zweifelsfall gegen sie gehen. Eine Möglichkeit eine solche direkt-demokratische Form des Wissenschaftsprozesses als Bildungsprozess auszuprobieren und erfahrbar zu machen, könnte die *open_uni* sein, auch wenn sie dieses Semester durch den querschießenden Theo-Dekan verhindert wurde. Darüber hinaus wird es eine gemeinsame Aufgabe sein und bleiben, selbstbestimmte Formen des gemeinsamen Leben und Lernens auch gegen die hegemonialen ökonomischen und politischen Interessen durchzusetzen.

chriskrauss@gmx.de

In der Braunzone

Semesteranfang in Göttingen – ein Zeitpunkt, zu dem auch Studentenverbindungen wieder verstärkt in Erscheinung treten und versuchen Erstsemester anzuwerben. Die Korporationen, die sich bei der Nachwuchswerbung, dem sogenannten „Keilen“, oft harmlos präsentieren, sind alles andere als das. In dieser und den folgenden Ausgaben werden wir uns daher in einer Artikelserie mit dem Thema Studentenverbindungen auseinandersetzen.

Deutsche Burschenschaft

„Die Burschenschaft Danubia hat dem von der Polizei gesuchten Skinhead Christoph Schulte, der im Münchner Schlachthofviertel im Januar einen Griechen fast tot geprügelt hatte, nach der Tat Unterschlupf gewährt. Der Schläger übernachtete in dem Haus der Burschenschaft an der Möhlstraße. Von dort tauchte er in den Untergrund ab. Auch der Mitorganisator der Geburtstagsfeier, von der die Schlägerei ausging, war Mitglied der Danubia. Oberstaatsanwalt Manfred Wick bestätigte gestern, dass Schulte, der in Haft sitzt und auf seinen Prozess wartet, sich nach der Tat in das Haus der Burschenschaft in Bogenhausen flüchten konnte. Schulte entzog sich anschließend wochenlang der Polizei. Er sei von einem Bundesbruder dorthin gebracht worden, der selbst der Regensburger Burschenschaft Teutonia angehöre, so Wick. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen des Verdachts auf Strafvereitelung. Das Haus der Danubia war bereits im Februar durchsucht worden. Gegen einen anderen Burschenschaftler der Danubia wird bereits seit längerem ermittelt: Er hat die Skinhead-Geburtstagsfeier mitorganisiert und gilt als Mittäter bei dem Überfall, bei dem am 13. Januar 50 Skinheads über einen griechischen Passanten hergefallen waren.“ Der Vorfall, von dem die *Süddeutsche Zeitung* hier am 18.6.2001 berichtete, sorgte bundesweit für Medieninteresse. Hinzuzufügen wäre noch, dass der Jubilar der Neonazi-Kader Martin Wiese war, der zwei Jahre später wegen eines geplanten Sprengstoffanschlags auf die Grundsteinlegung des neuen Jüdischen Zentrums in München verhaftet und in der Folge

zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde.

Die anlässlich solcher Ereignisse auch in bürgerlichen Medien thematisierten Verknüpfungen zwischen Korporationen und offen als solchen auftretenden Neonazis können aufmerksame Beobachter_innen der Verbindungszene nicht überraschen. Vor allem der Dachverband *Deutsche Burschenschaft* (DB), in dem völkisch-nationalistische Politik hegemonial ist, fällt immer wieder in krasser Weise durch rechtsextreme Äußerungen und Veranstaltungen, sowie durch Kontakte zum organisierten Neofaschismus auf. Jürgen Schwab, ein ehemals führender *NPD*-Kader, freut sich über die zahlreichen Gleichgesinnten in der *DB*: „So sind in nahezu allen *DB*-Verbindungen Verbandsbrüder anzutreffen, die in irgendeiner Form national oppositionell sind. Der Verfasser zählt sich auch zu diesem nicht kleinen Personenkreis.“¹ Schwabs Einschätzung dürfte zutreffend sein, auch wenn nicht alle Burschenschaften in ihrem öffentlichen Auftreten so dreist sind wie z.B. die *Germania Hamburg*, die so eng mit der *FAP²-Hamburg* verknüpft war, dass diese ihr Kontakttelefon bis zu ihrer Auflösung auf dem Verbindungshaus unterhielt. Als Kaderschmiede für die *NPD* wurde die Burschenschaft *Dresdensia-Rugia* überregional bekannt, nachdem ihr „Alter Herr“ Jürgen W. Gansel als sächsischer Landtagsabgeordneter eine Rede über den „Bombenholocaust von Dresden“ hielt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die *Dresdensia-Rugia* *NPD*-Funktionäre gleich reihenweise hervorbringt. Neben Gansel selbst sind der Bundesvorsitzende der *Jungen Nationaldemokraten* (JN), Stefan Rochow, des-

sen Bruder Mathias Rochow, Bundesvorstandsmitglied der JN und der *NPD*-Organisation *Nationaldemokratischer Hochschulbund* (NBH), sowie Arne Schimmer als Berater der sächsischen *NPD*-Landtagsfraktion namentlich bekannt. Als Dachverband weiß die *DB* besondere Leistungen durchaus zu honorieren. So wählte sie als „Vorsitzende Burschenschaft“ für den Zeitraum 2006/2007 die *Innsbrucker Burschenschaft Brixia*³, die im *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus* zu den „akademische[n] Vorfelddorganisationen des Rechtsextremismus“⁴ gezählt wird. Auch der „Schriftleiter“ der von der *DB* vierteljährlich herausgegebenen *Burschenschaftlichen Blätter*, Herwig Nachtmann, ist Mitglied der *Brixia*. Nachtmann, wegen Verstoßes gegen das NS-Wiederbetätigungsgesetz verurteilt, nahm 1981 als Angehöriger der *Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer* am Begräbnis des Hitler-Nachfolgers Dönitz teil.

DB-Verbindungen können allerdings nicht nur durch ihre prominenten Mitglieder, sondern auch durch eine ebenso illustre Gästeliste beeindruckend, die sich in Teilen wie ein Who's Who des Neofaschismus liest. Zu ihren Veranstaltungen luden in der *DB* organisierte Burschenschaften in den letzten Jahren unter anderem den Neo-Nazi Horst Mahler, den *NPD*-Barden Frank Renniecke, den Holocaust-Leugner David Irving und den Anmelder der Rudolf-Hess-Märsche in Wunsiedel, Jürgen Rieger, ein. In Göttingen gibt es mit den *Burschenschaften Hannovera* und *Holzmina* zwei *DB*-Verbindungen. Bei einer von diesen gemeinsam organisierten Veranstaltung trat 2004 der Antisemit und Bewunderer der Waffen-SS Reinhard Günzel mit einem Vortrag zum Thema „Ethos des Offiziers“ auf. Im Juli 2007 führte der *Allgemeine Pennäler Ring* (APR), ein Dachverband von Schülerverbindungen, der als neonazistisch eingestuft werden muß, seine jährliche Tagung im Haus der *Hannovera* durch. Die in diesem Dachverband organisierten Korporationen, die den akademischen Burschenschaften als Nachwuchsreservoir dienen, scheinen ihre Vorbilder noch überbieten zu wollen. Auf der Internetseite des *APR* wird die

1) Zitiert nach: Thomas Pfeiffer, Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf 2003, S. 126.

2) *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei*. Bis zu ihrem Verbot 1995 die größte neofaschistische Organisation in Deutschland.

3) Aufgrund des völkischen Nationenkonzepts der *DB* sind in diesem Dachverband auch österreichische Verbindungen organisiert. Dies ist auch bei einigen anderen Dachverbänden der Fall.

4) Markus Penner / Klaus Zellhofer, Österreichische Burschenschaften als akademische Vorfelddorganisationen des Rechtsextremismus, S. 270. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

(Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994, S. 270 - 277.

5) Der Autor des zitierten Artikels ist höchstwahrscheinlich identisch mit dem gleichnamigen ehemaligen Vorsitzenden der Schülerunion Celle, jetzigen *Junge Freiheit*-Autor und Mitglied der *Burschenschaft Normannia* zu Jena.

6) Marco Reese, Nazis gegen Rechts. In: *Blaue Narzisse* (http://www.blaunenarzisse.de/v2/index.php?option=com_content&task=view&id=228&Itemid=33 Stand: 15.10.2007).

7) George Turner, Wiedervereinigung von Frisia und Friso-Luneburgia.

„Schülerzeitung 'Blaue Narzisse', an deren Entstehung unsere Chemnitzer Verbandsbrüder maßgeblich beteiligt waren“, erwähnt. Folgt man diesem Hinweis stößt man auf Artikel, die eine_n die Burschis zumindest um ihre Kotzbecken beneiden lassen. So schreibt dort z.B. ein Marco Reese⁵ unter dem Titel „Nazis gegen Rechts“: „Der nationalsozialistische Beitrag zum ‚Kampf gegen rechts‘ ist nicht zu unterschätzen und sollte endlich einmal gewürdigt werden. Ohne die Nationalsozialisten würden wir heute vermutlich immer noch oder wieder von Elbjunkern mit Monokel und Reitpeitsche, von ausbeuterischen Großunternehmern, Schwarzröcken und Militaristen beherrscht und unterdrückt werden, anstatt soziale Sicherheit und Modernität zu genießen.“⁶

Differenzierung und Fassade

Das durch solche Aktivitäten verursachte schlechte Image der Korporationen stellt für diese zunehmend ein Problem dar. Die Corps beklagen sich auf ihrer Internetseite: „Keine studentische Institution wird in und von der Öffentlichkeit so kritisch betrachtet, wie die studentischen Korporationen.“ Mit dieser Situation konfrontiert, erproben viele Dachverbände und Einzelverbindungen seit einiger Zeit in ihrer Öffentlichkeitsarbeit ein neues Konzept. In öffentlichen Erklärungen wird sich teilweise um Abgrenzung von der DB bemüht. Auf Internetseiten und in Publikationen liest man in nahezu jedem zweiten Satz von „Demokratie“, „Toleranz“, „Weltoffenheit“ und „Freiheit“. Gleichzeitig wird aber mit der DB in Gremien wie dem *Convent Deutscher Akademikerverbände* (CDA), der *Arbeitsgemeinschaft akademischer Verbände* (AaV) oder der *Arbeitsgemeinschaft Andernach mensurbeflissener Verbände* (AGA) weiterhin eng zusammengearbeitet. Auf lokaler Ebene sind die schlagenden Verbindungen zudem oftmals in einem gemeinsamen Waffenring organisiert. Wenn sie in die Kritik geraten, legen Korporierte oft großen Wert auf Differenzierung. Solange die Verbindungen untereinander so eng verknüpft sind, kann darauf jedoch getrost verzichtet werden. Trotz gewisser Unterschiede bilden die Verbindungen als Gesamtheit ein wichtiges Scharnier zwischen Konservatismus und Neofaschismus.

Die tatsächlichen Unterschiede zwischen den

Verbindungen sind auch weit geringer als teilweise behauptet. Das *Corps Frisia*, das bis 2003 eine Burschenschaft war, weiß das aufgrund seiner Geschichte sehr genau: „Studentische Verbindungen, insbesondere solche, die sich zum Farbentragen und Fechten bekennen, sollten, bevor sie das Trennende hervorheben, zunächst das Gemeinsame bedenken. [...] Das wenige Unterschiedliche verschwindet hinter dem ganz überwiegenden Gemeinsamen.“⁷ Die Fassade aufrecht zu erhalten fällt mitunter schwer. Und so ist es dann auch kein Zufall, wenn in der Zeitschrift der „weltoffenen“ Corps noch in der vorletzten Ausgabe ein Kommentar erscheinen konnte, in dem Migrationsprozesse mit der Vogelgrippe in Verbindung gebracht wurden und dem Autor zu Migrant_innen als erstes der Begriff „Pandemie“ einfiel. Das im *Weinheimer Senioren-Convent* (WSC) organisierte *Corps Irminsul* schaffte es 2005 sogar bis in bundesweit erscheinende Presseorgane als es sich zu seinem 125-jährigen Jubiläum ausgerechnet den emeritierten Professor Konrad Löw als Festredner einlud. Löw hatte nur ein Jahr zuvor für Schlagzeilen gesorgt als wegen eines von ihm verfassten antisemitischen Artikels, den *Die Welt* als „Ansammlung antijüdischer Klischees“ kennzeichnete, die gesamte Restauflage der Zeitschrift *Deutschland-Archiv* eingestampft wurde. In der Folge ließ Löw den Artikel durch die *Junge Freiheit*, das wichtigste Presseerzeugnis der deutschen Neuen Rechten, nachdrucken, gab der *National Zeitung* des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey ein Interview und trat zusammen mit Martin Hohmann und Reinhard Günzel bei der bereits erwähnten *Münchener Burschenschaft Danubia* auf. Wirklich überraschend war die Einladung Löws allerdings nicht. Der Vorsitzende des Altherrenverbandes des *Corps Irminsul*, Roger Zörb, kann bereits auf eine lange rechte Karriere

zurück blicken. Bereits 1991 konnte man ihn im Adressbuch des Neonazi-Führers Michael Kühnen finden.⁸ Später kandidierte er u.a. mit vielen anderen Korporierten für die rechtsextreme Liste *Uni-Aktiv* bei der Hamburger StuPa-Wahl. Momentan sitzt er zusammen mit seinem Bundesbruder Sebastian Greve im Vorstand des *Bismarckbundes e.V.* der regelmäßig Orden an Rechtsextremisten verleiht. Mit dem *Bismarckorden* werden nicht nur intellektuelle Rechte geehrt, sondern in den vergangenen Jahren „auch militante Neonazis wie Axel Zehnsdorf (FAP) oder Ulf Kretschmann, der 1984 beim Waffenschmuggel erwischt wurde und aus dem Umfeld von Michael Kühnens ANS⁹ stammte.“¹⁰

Auch sonst sieht es nicht gut aus, z.B. beim *Coburger Convent* (CC): Bei den jährlichen Pfingsttreffen in Coburg sind immer wieder faschistische Töne zu hören. 1993 bekundete



Burschi in "Vollwuchs"

In: *Corps 2/2005* (http://www.die-corps.de/Wiedervereinigung_von_Frisia_u.731.0.html Stand: 10.9.07).

8) Vgl. Ernst Krefft, Tamm-Museum: unerwünschte Gäste? . Extreme Rechte zu Gast bei Tamm. In: *Hamburger Lehrerzeitung*. Zeitschrift der GEW Hamburg Juni / Juli 2006 (<http://gew-hamburg.de/hlz/0606/tamm.htm> Stand: 28.9.07).

9) 1977 als *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* gegründet, später nach Zusammenschluß mit einer anderen Gruppe als *Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten* aktiv. Die ANS agierte bis zum Verbot 1983 als legaler Zweig der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-*

partei/Auslands- und Aufbauorganisation.

10) Felix Krebs, *Durchlaucht* verleiht goldenen Bismarckorden an Rechtsextremisten. Fürst Ferdinand von Bismarck und sein schwarz-braunes Umfeld (<http://www.kueste.vn-bda.de/index.html?/Seiten/unterseiten2005/bismarck.html> Stand: 28.9.07)

11) Zitiert nach: Jens Mecklenburg (Hrsg.), *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*, Berlin 1996, S. 326.

12) Eine Dokumentation hierzu ist zu finden unter: http://www.goest.de/freiraum_modell.htm (Stand: 15.10.2007).

13) Mecklenburg, *Handbuch*, S. 329.

ein betrunkenen Korporierter beim Marktfrüh-
schoppen über die Lautsprecheranlage seine So-
lidarität mit den faschistischen Mördern von
Solingen. Beim selben Treffen lobte der Fest-
redner, der Geschichtspräsident Dieter Wiebe-
cke

(*Landsmannschaft
Mecklenburgia-Vorpommern* zu Hamburg) den
"ethischen Wert und die beispiellose Hingabe
und Opferbereitschaft der Deutschen Wehr-
macht"¹¹. Der CC lehnte es ab, sich von der Re-
de zu distanzieren. Auch bei CC-Verbindungen
treten rechtsextreme Referent_innen auf,
z.B. Reinhard Günzel und Reinhard Uhle-Wett-
ler. Als Referent zum gemeinsamen Studententag
von CC und *Deutscher Sängerschaft* (DS)
wurde 1999 (der inzwischen verstorbene) Lo-
thar Bossle eingeladen, der nicht nur Augusto
Pinochet bei der Ausarbeitung der neuen chile-
nischen Verfassung geholfen hatte, sondern
auch für seine Kontakte zur Mun-Sekte, die
nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs als
„faschistisch, terroristisch und kriminell“ be-
zeichnet werden darf, bekannt war. Nicht ver-
schwiegen werden soll hier, dass Bossle auch
regelmäßig bei Verbindungen des *Cartellver-
bands der deutschen katholischen Studenten-
verbindungen* (CV) auftrat. In Göttingen
kandidierte mit Tobias Fabiunke (*Landsmann-
schaft Göttinga*) ein Mitglied des CC 2003 für
die rechtsextreme *Freiheitlich Demokratische
Liste* (FDL), als deren Spitzenkandidaten Mo-
ritz Strate (*Winfridia*, im *Kartellverband katho-
lischer deutscher Studentenvereine*) antrat,
zur StuPa-Wahl. Ebenfalls beteiligt an diesem
Projekt, das sich als Tarnliste der LHG entpuppte,
war der damalige LHG-Spitzenkandidat Ni-
colo Martin (*Verbindung Lunabur-
gia*, MR). Als Symbol benutzte die
ne lodernde Flamme, die bereits
faschistischen Nationalen Samm-
als Erkennungszeichen diente
auch vom französischen *Front
national* verwendet wird. Die Staats-
schaft ermittelte deshalb

gegen Strate we-
gen „Verwen-
dung von
Kenn-
zei-
c

hen verfassungswidriger Organisationen“.
Strate und Martin wurden im gleichen Jahr
auch praktisch tätig und zündeten im Keller ei-
nes Wohnhauses im Kreuzberggring, in dem zu
diesem Zeitpunkt 16 Menschen schliefen, eine
Ausstellung über die Besetzung des BG-Ge-
schichte-Raumes an.¹²

Nicht vergessen werden soll hier die kleine,
aber dadurch keineswegs harmlosere *Deutsche
Gildenschaft* (DG), die in Göttingen als *Deut-
sche Hochschulgilde Trutzburg Jena* aktiv ist.
Im 1996 veröffentlichten „Handbuch Deut-
scher Rechtsextremismus“ heißt es zur DG:
„Trotz ihrer geringen Mitgliederzahl gelingt es
der DG, in weite Teile des intellektuellen
Rechtsextremismus zu wirken.“¹³ Mitglieder
der *Trutzburg Jena* sind u.a. Andreas Molau,
seit 2006 im NPD-Bundesvorstand, Teilnehmer
am iranischen Holocaust-Karikaturen-Wettbe-
werb und Spitzenkandidat der NPD für die nie-
dersächsische Landtagswahl, sowie Karlheinz
Weißmann, ein Vordenker der Neuen Rechten.

Diese Aufzählung ließe sich fortführen. Wie
vielfältig die rechtsextremen Verstrickungen
der Korporationen sind, sollte jedoch bereits
klar geworden sein. Erwähnt sei allerdings
noch, dass auch Verbindungen ohne Dachver-
band nicht sympathischer sind, wie die Beispi-
le der Königsberger *Burschenschaft Gothia* zu
Göttingen und der Göttinger *Gesellschaft Max
Eyth* belegen. Erstere lobt nicht nur die „Mor-
al, Pflichterfüllung und Treue“ der Wehr-
macht. Teil des Internetauftritts ist auch eine
Seite über „Ostpreußen“. Dort findet sich eine
Karte, auf der diese Gegend als „Ostgebiete
des Deutschen Reiches“ und „z.Z. unter so-
wjet. Verwaltung“ bzw. „z.Z. unter polnischer
Verwaltung“ bezeichnet wird. Die Gesell-
schaft *Max Eyth* lud 1993 den niedersächsi-
schen *Republikaner*-Vorsitzenden Haase zu
einem Gastvortrag ein.

Integration und Interventi- onsmöglichkeiten

Trotz allem gibt es an den Unis keines-
wegs eine durchgängige Abgrenzung
gegenüber Studenten-
verbindungen, davon kann man
sich z.B. jedes Jahr bei
den Wahlen zum Studieren-
denparlament überzeu-
gen. Der RCDS, der als
Sammelbecken Korporier-
ter jeglicher Couleur be-
rühmt ist, müsste ohne
diese wohl über seine Auflö-
sung nachdenken. Die *Bur-
schenschaften Hannovera*
und *Holzmindia* sind auf
den Wahllisten stets zahl-
reich vertreten, der *Holz-
mindia-Burschi Max von
Schwerin* ist inzwischen so-
gar Pressesprecher des RCDS-

Niedersachsen. Die Koalition aus *ADF* und
RCDS, die bis Anfang dieses Jahres den Asta
stellte, wählte den Sprecher der *Holzmindia*,
Markus Guth zum Finanzrevisor und machte
seinen Bundesbruder Christian Thalheim zum
Sachbearbeiter im Sozialreferat. Entspre-
chend kandidieren auch für die *ADF* Verbinder,
ebenso wie für die *LHG*, die oben ja bereits er-
wähnt wurde.

Auch auf anderen Ebenen werden Verbinder
teilweise erschreckend bereitwillig integriert
und vorher etablierte Standards dabei unter-
laufen. So hatte der *AK Geschichte* sich An-
fang 2006 auf Anfrage der *Basisgruppe
Geschichte* noch von einem zur *Königsberger
Burschenschaft Gothia* zu Göttingen gehö-
rigen Korporierten, der behauptet hatte Mit-
glied des *AK* zu sein, distanziert: "Sascha
Jarsch war und ist nicht Mitglied des *AK* Ge-
schichte. Und wird es auch nicht werden." Et-
was mehr als ein halbes Jahr später sah das
schon ganz anders aus. Der oben erwähnte
Max von Schwerin nahm an der O-Phase als Tu-
tor teil, obwohl dem *AK* seine Mitgliedschaft
bei der *Holzmindia* bekannt war. Sein offen zur
Schau gestellter Nationalismus führte jedoch
dazu, dass von Schwerin, der bei dieser Gele-
genheit nicht eben durch seine Redegewandt-
heit auffiel, durch Antifaschist_innen der
O-Phasen-Party verwiesen wurde. Die Ge-
schichts-O-Phase ist allerdings auch ein gutes
Beispiel dafür, dass sich Gegenwehr gegen das
Vordringen von Korporierten in neue Bereiche
durchaus lohnen kann. An der O-Phase 2007
wollte mit dem Fuchsmajor des *Corps Frisia*
erneut ein Verbinder als Tutor teilnehmen. Die
durch entsprechende Recherchen diesmal gut
vorbereitete *Basisgruppe* schickte daraufhin
einen mehrseitigen Brief mit Informationen
über die *Frisia* an die anderen Tutor_innen,
um die Teilnahme zu verhindern. Obwohl der
Fachgruppensprecher Alexander Thomas (*AK
Geschichte*) mit den guten Erfahrungen, die
sie im letzten Jahr mit dem *Holzmindia-Bur-
schi* gemacht hätten, argumentierte, ent-
schied sich die Mehrheit schließlich dafür, den
Corpsstudenten von der O-Phase auszuschlie-
ßen.

no_border@gmx.net



Christliche Archäologie trocken gelegt

Interview mit Prof. Dr. Arbeiter

Und wieder macht das Schreckgespenst der Kürzungen die Runde - diesmal im Fachbereich der Archäologie. Die BG Kulturanthropologie und das BB wollten Information aus erster Hand und befragten dafür Herrn Prof. Dr. Arbeiter. Im 1. Teil schildert er seine Sicht der problematischen Lage, im 2. Teil beantwortet er konkrete Fragen.

BG KA/EE: Wie sieht es nun finanziell in Ihrem Fach aus? Was wurde gekürzt?

Die Christliche Archäologie, die ohnehin schon seit vor meinem Kommen nach Göttingen - ziemlich schlecht ausgestattet ist (ich bin der einzige feste Bedienstete), konnte jahrelang trotzdem halbwegs auskömmlich leben. Doch wird seit einiger Zeit in der ganzen Fakultät ein Teil der Finanzmittel unter dem Stichwort "Leistungsorientierte Mittelvergabe" (LOM) ausgeteilt. Dagegen ist dann nichts einzuwenden, wenn die Mittel für den Bereich wieder ausgegeben werden dürfen, aus dem heraus sie durch Leistung gewonnen wurden - in diesem Fall also für die Forschung (und im Grunde in der gesamten Fakultät nur für die Forschung, da die LOM m.W. bisher überhaupt nur für die Forschung eingeführt wurde, während die komplementäre LOM für Lehre und Studium noch gar nicht eingeführt ist). Doch bei uns und mutmaßlich in manchem anderen Fach dienen die LOM-Gelder eben ganz überwiegend doch für Lehre und laufenden Betrieb, sie fließen in den Normaletat. Wie und wann und wie schleichend die Ersetzung regulärer Etatgelder durch LOM-Gelder in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, kann ich nicht sagen, da ich da zu arglos bin, da der Überblick über unsere Gelder in der Klassischen Archäologie gepflegt wird und namentlich da in den vergangenen Jahren keine schlagartigen Etatveränderungen zu spüren waren. Im Jahr 2007 aber wurden unsere Mittel plötzlich - unter Berufung auf die LOM - um über 5000 Euro herabgesetzt, wofür auch ein neuer LOM-Verteilschlüssel verantwortlich ist. Folge: Unser ganz normaler Betrieb, der kaum etwas mit Forschung zu tun hat, bricht zusammen. In Stunden der studentischen Hilfskräfte umgerechnet sind das über 500. Die Alternative besteht darin, überhaupt keine Bücher mehr zu kaufen. Beides ist natürlich inakzeptabel, vor allem dann, wenn das auf der Kürzung nicht eines Normalstats,

sondern einer eigentlich als Forschungspremie gedachten Zuwendung liegt.

BG KA/EE: Wer ist für den Beschluss über die Kürzungen verantwortlich, der Dekan der Phil. Fak.?

Prof. Arbeiter: Ich weiß nicht, welches Gremium für die Verteilung der LOM verantwortlich ist; es wird innerhalb der Fakultät sein. Das Grundproblem ist aber gar nicht das Schwanken der LOM (im Gegenteil: das ist ja gerade beabsichtigt, als Anreiz für gute Akquisition in der Forschung), sondern die für meine Begriffe verfehlte Einspeisung von LOM-Finzen in den Normaletat (der ja nun gerade nicht schwanken, sondern verlässlich sein sollte).

BG KA: Ab wann werden die Mittel gestrichen?

Prof. Arbeiter: Die LOM-Mittel wurden Anfang 2007 in ihrer um über 5000 Euro geringeren Höhe festgelegt. Alarm geschlagen habe ich im Mai, als mir klar wurde, was auf uns zukommt, und dann noch wiederholt geschrieben. Seit etwa Mai laufen wir auch ins Defizit, das mittlerweile etwa 5000 Euro beträgt. Bei alledem haben die studentischen Hilfskräfte hier bis Ende Oktober normal weitergearbeitet, weil ich selbstverständlich mit einer Korrektur seitens der Fakultät gerechnet habe.

BG KA/EE: Welche Auswirkungen hat das konkret? Die Rede war von der Nichtfinanzierbarkeit der HiWis. Wie viele gibt es an dem Institut, wurde denen bereits gekündigt?

Prof. Arbeiter: Es gibt 3 studentische Hilfskräfte (abgesehen von einer aus Studienbeiträgen finanzierten Teilzeit-HK), die sich eine Stelle teilen. Seit 1. November hat keiner von ihnen den Vertrag verlängert bekommen, und der reguläre Betrieb hier hat aufgehört. Die Dias in meiner Vorlesung schiebe ich selbst.

BG KA/EE: Wie sieht es mit den Studierenden aus? Soll der Studiengang auslaufen? Wie hoch waren die

Das VG bekommt neue Toiletten und die Geschlechterforschung wird eingespart

Sind Frauen inzwischen gleichberechtigt? Oder werden nicht doch noch immer die Menschen auf Grund ihres zugeschriebenen Geschlechts unterschiedlich behandelt und in Kategorien eingeordnet?

Gerade in der nahen Vergangenheit häufen sich die Fragen danach, was denn wirklich dran ist an Vorurteilen wie „Frauen können schlechter einparken als Männer“ und „Männer können nicht zuhören“ - doch meist werden sie mit pseudowissenschaftlichen Argumenten bekräftigt. Ob Bestseller in den Buchläden oder Samstagabendshows auf RTL - sie alle machen ein großes Geschäft mit „dem kleinen Unterschied und seinen großen Folgen“, denn das Interesse in der Gesellschaft ist groß.

Doch anstatt sich soziologisch mit der Entstehung und Konstruktion von Geschlechterrollen zu befassen, bleibt das Interesse bei den Meisten oberflächlich. Um den Vorurteilen auf einer anderen Ebene zu begegnen, hat sich die Geschlechterforschung gebildet und in den vergangenen sechs Jahren an der Uni Göttingen etabliert. Das Studienfach beschäftigt sich also mit den unterschiedlichsten Fachbereichen und beleuchtet ihre Inhalte mit dem speziellen Blick auf Geschlechterrollen.

Welche Rolle spielte die Frau in der offiziellen Geschichtsschreibung? Wie werden Frauen und Männer in den Medien dargestellt? Wie haben sich die Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft der vergangenen Jahrhunderte verändert? Die Studierenden besuchen die Seminare der unterschiedlichen Einrichtungen und gehen diesen Fragen nach.

Doch nun wurde die Koordinatorin des Fachs gegangen. Der befristete Vertrag von Helga Hauenschild ist mitten im Semester nicht verlängert worden und die Zukunft des Fachs somit unklar. Wer soll sich in Zukunft um Organisation kümmern? Wer ist Ansprechpartner für die Studierenden? Und wer gibt den Erstsemestern einen Überblick über die Theorien, die Methoden und die Grundidee des Fachs? Diese Fragen und noch viele mehr stellen sich nicht nur die Kommilitonen aus ihrem für die BA-Anforderungen unverzichtbaren Einführungsseminar, das in der dritten Woche abgebrochen werden musste. Aber offensichtlich sind sie bei der Arbeitsgeberin Georgia Augusta nicht von Interesse. Die Begründung dafür, dass Hauenschild nicht weiter beschäftigt wird ist folgende: Wenn Hauenschild einen weiteren Vertrag bekäme, hätte sie arbeitsrechtlich die Möglichkeit, sich auf eine Festanstellung einzuklagen und dies galt es zu verhindern. Eine solche Beschäftigungspolitik allein wäre ja schon skandalös. Aber auch was aus dem Fach in Zukunft wird oder aus den Studierenden, denen nun die Dozentin und Koordinatorin fehlt, wird damit im gleichen Atemzug für zweitrangig erklärt.

Dass mit den Studiengebühren die Lehre nicht verbessert wird, wussten wir ja schon lange. Dass „dem Kunden“ nun aber auch „die Ware“ Bildung nur unvollständig zugänglich gemacht wird, kann Grundlage für eine Sammelklage werden. Mit einer Unterschriftenaktion versuchen nun die Studierenden die Uni dazu zu bringen, Hauenschild wieder einzustellen. Doch sollte das nichts bringen, sollte man die Universität nicht nur mit einer Klage konfrontieren, sondern auch die Gewerkschaft informieren.

Helenska@gmx.net

+++ Analyse ++ Kritik ++ Aktion! +++

Basisdemokratisches Bündnis

Fortsetzung von Seite 11 ►

Einschreibungen in den letzten Jahren?

Prof.Arbeiter: Der Studiengang soll beileibe nicht auslaufen; gerade haben wir die Master-Ordnungen eingereicht. Wir hatten die letzten Jahre und Semester konstante Studierendenzahlen, und im laufenden WS ist die Zahl der B.A.-Studierenden mit dem Schwerpunkt Christl. Arch. von 7 auf 17 hochgegangen.

BG KA/EE: Haben Sie persönlich Ideen für Protestformen, um die Verhältnisse öffentlich zu machen und sich somit gegen sie zu wehren?

Prof.Arbeiter: Meine Schritte, um die Situation zu retten, waren seit Mai höflich, bestimmt und zivilisiert; vor allem kann niemand sagen, die jetzige Lage sei überraschend gekommen. Ich habe Stunden und

Tage mit meinem Einsatz verloren, und meine Studierenden wissen das sehr zu schätzen. Falls meine Interventionen auf Fakultätsebene nichts nützen, gehe ich auf höhere Ebene. Die Studierenden haben eine Unterschriftenliste im Dekanat eingereicht. Juristisch gesehen sind es vor allem die Studierenden, die Handlungsmöglichkeiten haben, denn die konkreten Fragen lauten: Worin besteht hier eigentlich ein Anspruch, und wer hat ihn durchzusetzen? Antwort: Der Anspruch besteht auf ordnungsgemäße Lehre, und durchzusetzen haben ihn die Studierenden. Ob es nötig wird, ihn durchzusetzen, und ob sie ggf. dann auch die Initiative ergreifen, wird sich zeigen. ■

Zwei neue Sterne am Himmel

BG Jura und BG fIMP gegründet

Gleich an vier Fachbereichen haben sich Studierende zusammengefunden, die auch an ihrem Fach aktive linke Politik betreiben wollen: Studierende der Informatik, Mathe und Physik haben sich zur Basisgruppe fIMP ("für Informatik, Mathe, Physik") zusammenschlossen. An der Juristischen Fakultät, die nun seit 5 Jahren ohne kritische Begleitung einer BG auskommen musste, darf man sich auf die neu gegründete Basisgruppe Jura gefasst machen.

Die Treffen der zwei BGs sind wie alle anderen offen für Neuzugänge. Wenn ihr also mitmachen wollt, könnt ihr eure Basisgruppen folgendermaßen erreichen:

Basisgruppe Jura:

Web: <http://bgjura.blogspot.de>

Mail: bjura@web.de

Treffen: Mittwochs, 20h in MZG 1313 (Blauer Turm, dritter Stock).

Basisgruppe fIMP:

Web: <http://bgfimp.blogspot.de>

Mail: bg-fimp@gmx.net

Treffen: Montags, 20h in der Mathe-Café (Bunsenstraße 3, im Keller).

weitere Basisgruppen unter:
www.bb-goettingen.de/45

+++ Termine +++

Mi, 28.11. 19:30 // ZHG 004
Einführung: Kritische Theorie
Basisdemokratisches Bündnis

Mi, 5.12. 19:30 // ZHG 004
Einführung in Gendertheorien
Basisdemokratisches Bündnis

Mi, 5.12. 20:00 // ZHG 007
Erinnern - Gedenken - Vergessen
Olafa - Vortrag mit Hannes Heer

Mi, 12.12. 19:30 // ZHG 004
Einführung: Kritische Pädagogik
[Basisgruppe Sowi]

Vortrag: Fr, 14.12. 19:30 // ZHG 004
Workshop: Sa, 15.12 12-18 Uhr // Arbeit+Leben
Die kritische Relevanz der freudschen Psychoanalyse - "Wer klärt den Aufklärer auf?"
Gruppe 180° - mit Micha Böhme

Di, 08.01. 20:00 // Kino Lumière
Film: Gestohlene Jugend.
Jugend-KZs im Nationalsozialismus

Mi, 16.01. 20:00 // DGB-Haus
Zeugnisse aus Stein - Kontinuität im Wandel
Erinnerung an die NS-Vergangenheit im 21. Jhrt
OLAFA

Do, 24.01. 19:00 // DGB-Haus
Erinnerungs- und Geschichtspolitik in Deutschland
DGB-Jugend und VVN-BdA, mit Samuel Salzborn

Vortrag: Fr, 25.01.08. 19:30 // ZHG 004
Workshop: Sa, 26.01.08 12-18 Uhr // Arbeit+Leben
"Homophobia, the worst disease" - Homophobie und bürgerliche Gesellschaft
Gruppe 180° - mit Adrian de Silva

Jeden Do, 20:00 // FSR Sowi (Oeconomicum, E80)
BB-Plenum
Die entscheidende Arbeit des BB findet im Plenum statt. Interessierte und Neuzugänge sind immer herzlich willkommen.

Details und weitere Termine unter:
www.bb-goettingen.de

Besucht unsere Homepage:

Das Info-Portal für Bildungskritik!

unter:



www.bb-goettingen.de